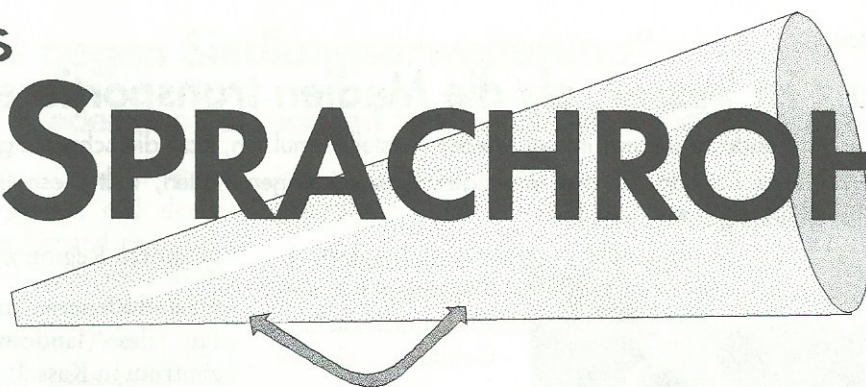
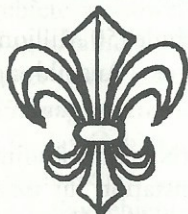


Das

SPRACHROHR



der Ahnataler

SPD

Nr. 1/1999

Februar 1999

Staatsangehörigkeitsrecht:

Wahlkampf auf Kosten unserer ausländischen Mitbürger

Die Unionsparteien, voran die bayerische CSU und die hessische CDU, machen mit fragwürdigen Mitteln gegen die von der Regierung geplanten Änderungen beim Staatsangehörigkeitsrecht Front. Bayerns Ministerpräsident Stoiber (CSU) versteigt sich dabei zu der Behauptung, die geplante doppelte Staatsbürgerschaft gefährde die Sicherheit in Deutschland stärker als der Terrorismus der RAF in den 70er und 80er Jahren.

Worum es eigentlich geht, kann vielleicht ein Auszug aus der Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder deutliche machen, den wir hier im Wortlaut wiedergeben:

„Die Realität lehrt uns zum Beispiel, daß Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten eine unumkehrbare Zuwanderung erfahren hat. Wir haben die Menschen, die in den fünfziger Jahren zu uns kamen, eingeladen. Heute sagen wir diesen unter uns lebenden Mitbürgerinnen und Mitbürgern, daß sie keine Fremden sind. Zu Fremden machen sich vielmehr diejenigen, die in unserem Land den Fremdenhaß propagieren. Das wollen wir nicht. Diesen verblendeten Minderheiten setzen wir eine entschiedene Politik der Integration entgegen. Den Zuwanderern, die bei uns arbeiten, sich legal in Deutschland aufhalten, Steuern zahlen und sich an die Gesetze halten, ist viel zu lange gesagt worden, sie seien bloß Gäste. Dabei sind sie längst Mitbürgerinnen und Mitbürger geworden.

Diese Bundesregierung wird deshalb ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht entwickeln. Es wird die Voraussetzungen dafür schaffen, daß diejenigen, die auf Dauer bei uns leben, und deren Kinder, die hier bei uns geboren sind, volles Bürgerrecht erhalten können. Niemand, der Deutscher werden will, soll dafür seine ausländischen Wurzeln aufgeben oder

verleugnen müssen. Deshalb werden wir die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen.

Integration erfordert auch und gerade die aktive Mitwirkung derer, die sich integrieren sollen. Wir werden denen, die dauerhaft hier leben, arbeiten, ihre Steuern zahlen und die Gesetze achten, die Hand reichen, damit sie sich in unsere Demokratie als Menschen auch wirklich einbringen können. So nehmen wir die Wirklichkeit in Europa positiv zur Kenntnis, so wollen wir das miteinander halten, und so soll es in Deutschland üblich werden.

Unser Nationalitätsbewußtsein basiert eben nicht auf den Traditionen eines wilhelminischen 'Abstammungsrechts', sondern auf der Selbstgewißheit unserer Demokratie.“ Soweit das Zitat.

SPD und Grüne haben sich vorgenommen, die Integration der hier lebenden Ausländer voranzutreiben. Ein wichtiger Baustein hierfür ist die Erleichterung der Einbürgerung. Menschen mit ausländischem Paß, die in Deutschland geboren wurden, oder schon länger hier leben, sollen die Rechte (und Pflichten!) der deutschen Staatsbürgerschaft erlangen können. Die doppelte Staatsbürgerschaft, ist dabei nicht der Regelfall der Einbürgerung, sie soll aber hingenommen werden, z.B. wenn

ansonsten eine Einbürgerung nicht möglich wäre. Derartige Regelungen sind in den meisten unserer Nachbarländer schon längst üblich. Eine Reform der hiesigen Rechtsgrundlagen war überfällig.

CSU und CDU spielen mit ihrer, mit gefährlichen, verlogenen und teilweise unanständigen Parolen begründeten Unterschriftenaktion mit dem Feuer. Wieder einmal werben sie auf Kosten einer Minderheit, diesmal sind es die schon seit langem hier lebenden Ausländer, um Wählerstimmen vom rechten Rand. Namhafte Kritiker in der CDU wurden von den Scharfmachern Stoiber, Schäuble und dem reichlich farblosen hessischen CDU-Spitzenkandidaten Koch, überstimmt. Die Eile, mit der gerade die hessische CDU die Unterschriftensammlung angeht, liegt allein daran, daß ihr in der Landespolitik, mangels Kompetenz, schon lange nichts Gesehtes mehr einfällt.

Die Menschen in Hessen, die seit Jahrzehnten mit Mitbürgerinnen und Mitbürgern unterschiedlichster Herkunft gut zusammenleben und zusammenarbeiten, werden dies hoffentlich erkennen und der Truppe um den (Chef-)Koch bei der Landtagswahl am 7. Februar die richtige Antwort geben.

SPD - Die Partei in Nordhessen

Die Bilanz ist besser, als die Medien transportieren!

Während man in der Zeit der alten Bundesregierung immer wieder feststellen mußten, daß die schwarz-gelben Abgeordneten unserer Region offensichtlich keinerlei Zugang zu den wichtigen Entscheidungen hatten, fällt diese Bilanz innerhalb der hessischen SPD erfreulicherweise weitaus positiver aus!



Landtagsabgeordneter Manfred Schaub bei der Übergabe des neuen Feuerwehrfahrzeugs in Weimar: Landeszuschuß 116.000 DM

Mit Hans Eichel als Ministerpräsident und Barbara Stolterfoht als Ministerin für Frauen, Arbeit und Sozialordnung ist Nordhessen schon am Kabinettsstisch gut vertreten; in der Fraktion sorgen zahlreiche nordhessische Abgeordnete als FachsprecherInnen in ihren Bereichen dafür, daß unsere Region nicht zu kurz kommt.

Darüber hinaus arbeiten alle nordhessischen sozialdemokratischen LandespolitikerInnen zusammen in der Nordhessen-Runde, mit der ein Gedanken- und Informationsaustausch sichergestellt wird, der ein geschlossenes Auftreten ermöglicht.

Besonders profitiert hat Nordhessen von dem Einsatz der sozialdemokratischen Abgeordneten für

- Ausbildungsprogramme
- Dorferneuerung (fast 2/3 der Millionenprogramme fließen in unsere Region)

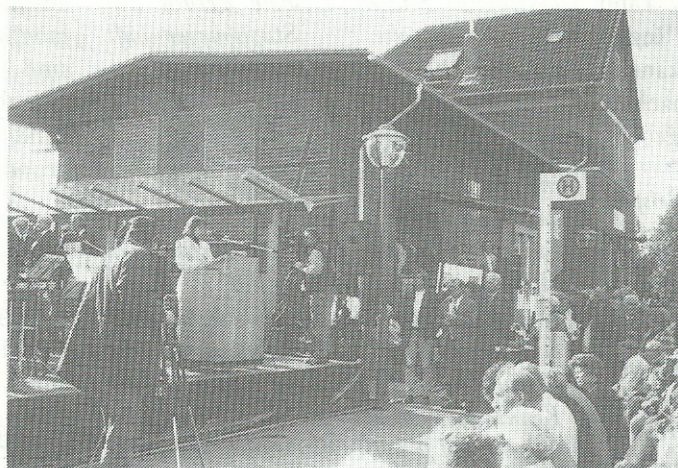
• Am 7. Februar: SPD wählen - damit Weltoffenheit und Toleranz auch weiter in Hessen zuhause sind.

- Ziel 2 und V b - Förderung (für strukturschwache Gebiete)
- Wohnungsbau (insbesondere für junge Familien)
- Sozialbudget (für die vielen Vereine und Verbände im Sozialbereich)
- Sportprogramme (für dringende Baumaßnahmen in der wichtigen Vereinsarbeit)

gesamten Region zugute kommen)

- Landesfeuerwehrschule (50 Millionen für das landesweite Ausbildungszentrum in Kassel)
- Polizei in Kassel (Neues Präsidium, neue Poilzeiautobahnstation für insgesamt mehr als 120 Millionen DM)
- Güterverkehrszentrum als wichtige verkehrs- und strukturpolitische Maßnahme im Kasseler Becken
- Reinhardswaldschule als hessische Zentrale für die Lehrerfortbildung in Fuldatal (mit einer Umbauinvestition von mehr als 40 Mio. DM)
- Erfolgreicher Kampf um den Verbleib der ZVL (Zentrale Lohn- und Vergütungsstelle mit mehr als 300 Beschäftigten).

Auch in Ahnatal können sich die Ergebnisse der politischen Arbeit unserer Abgeordneten durchaus sehen lassen, wie die Beispiele zeigen. Zuschüsse zu Straßenbau, ÖPNV, Kindergärten haben wir häufig ihrer Initiative und ihrem Einsatz zu verdanken.



Einweihung am Bahnhof Weimar: Landeszuschuß 630.000 DM

- Ehrenamtsinitiativen (positive Vermerke im Zeugnis / Steuerrecht)
- Dörnberg (Erhalt des wichtigen Jugendhofes)
- Brandschutzgesetz (für eine optimale Grundlage für den zumeist ehrenamtlichen Brandschutz)
- Gesamthochschule Kassel (wichtige Investitionen für den Ausbau, die der



Kindergarten Kammerberg: Landeszuschuß 785.000 DM

„Protest gegen Siedlungserweiterung“ - oder der Versuch mit irreführenden Behauptungen Politik zu machen

Wir hatten schon in unserer letzten Ausgabe deutlich gesagt, daß derzeit nicht geplant ist, in Ahnatal neue Baugebiete auszuweisen. Jetzt wird in der Tageszeitung (HNA vom 18.01.1999) unter der Überschrift 'Protest gegen Siedlungserweiterung' behauptet, daß z.B. das Gebiet „Am Schartensweg“ so Originalzitat „... früher oder später auch Baugebiet (wird)“.

Dazu noch einmal an dieser Stelle klar und deutlich: Es wird mit der Ahnataler SPD in abschbarer Zeit

kein Baugebiet „Am Schartensweg“ geben.

Neben der falschen Behauptung gibt der Artikel in der HNA auch den Sachverhalt im Zusammenhang nicht korrekt wieder.

Mit der erwähnten Unterschriftenaktion wurde konkret gegen die angebliche Ausweisung eines Baugebietes „Schartensweg“ protestiert.

Wenn nun von den Grünen in der HNA ein direkter Zusammenhang zwischen dem Regionalplan Nordhessen und der Unterschriftenaktion konstruiert wird, so ist dies schlicht und einfach falsch.

Die Grünen hatten im Dezember in der Gemeindevertretung die offizielle Stellungnahme des Gemeindevorstandes zum Regionalplan Nordhessen abgelehnt. Dabei ging es allerdings nicht wie behauptet um „Wohnflächenerweiterung“. Es ging lediglich darum, daß nach Ansicht des Gemeindevorstandes, die für die zukünftige Siedlungsentwicklung in Ahnatal im Regionalplan insgesamt vorgesehene Fläche von 26 Hektar dem vorhersehbaren Bedarf entspricht und eine geordnete und angemessene Entwicklung Ahnats ermöglicht. Ob und wo Flächen in dieser Größenordnung überhaupt bebaut werden, ist auch nach Aussage von Bürgermeisterin Regina Heldmann, noch völlig offen.

Die Unterschriftenaktion wurde gestartet, nachdem im Gemeindevorstand (nicht öffentlich!) über die Stellungnahme der Gemeinde zum Regionalplan diskutiert worden war. Zum Gemeindevorstand gehört außer SPD und CDU auch ein Vertreter von B90/Die Grünen. Wer Initiator dieser irreführenden Aktion war, die von den Grünen nach eigenem Bekunden „unterstützt“ wird, wissen wir nicht. Wir wissen aber, daß der von der HNA zitierte Herr Schneider den Grünen zumindest sehr nahesteht und außerdem als Anwohner am Hangarsteinweg natürlich daran

interessiert ist, weiterhin ruhig am Ortsrand im Grünen zu wohnen.

Und da wären wir beim Kern der ganzen Aktion. Es ist nun mal so. Wer bereits ein Haus im Grünen besitzt, möglichst in verkehrsgünstiger aber ruhiger Ortsrandlage, wer gern die mit dem größer gewordenen Ort auch verbesserte Infrastruktur in Anspruch nimmt, kann sich leicht um den „dörflichen Charakter“ der Gemeinde sorgen, wie Herr Schneider und die Grünen in Ahnatal. Die haben sich bisher oft genug mit diesen oder ähnlichen Argumenten sinnvollen Entwicklungsvorhaben entgegengestellt. Dabei konnten fast alle, die derzeit in Ahnatal „grüne“ Politik machen, nur deshalb hierher kommen, weil sozialdemokratische KommunalpolitikerInnen in den 50er, 60er und 70er Jahren, mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung immer wieder „Wohnflächenerweiterungen“ beschlossen haben, wie sie heute von den Grünen heftig kritisiert werden.

Die Entwicklung der Infrastruktur in Ahnatal auf das heutige Niveau war nur möglich, weil die Gemeinde Dank der vorausschauenden Politik der Vergangenheit kontinuierlich gewachsen ist. Die Nachfrage bestimmt nun mal auch hier das Angebot. Als Beispiele seien die Schulen, die Kindergärten, der ÖPNV genannt.

Wie nahezu alle Mitbürgerinnen und Mitbürger in Ahnatal, nutzen auch die Grünen diese Angebote. Sie sind aber, und das wird in diesem Fall wieder einmal deutlich, nicht bereit Entscheidungen mitzutragen, die für eine geordnete Weiterentwicklung notwendig sind.

Angemerkt:

Die CDU ist verständlicherweise nach der Schlappe bei der Bundestagswahl ziemlich von der Rolle. In ihrem derzeitigen Zustand gleicht sie einem angeschlagenen Boxer. Entsprechend sind ihre Reaktionen. Nach dem Motto, 'wir haben sowieso nichts mehr zu verlieren', taumelt sie herum und schlägt unkontrolliert um sich.

Den Menschen in den neuen Bundesländern wird wegen ihres Wahlverhaltens der Entzug der Finanzhilfe angedroht. Die umstrittene Unterschriftenaktion ist eine üble Stimmungsmache gegen die bei uns lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, wie man sie bisher nur von rechtsextremen Politikern kannte. Konzeptionslosigkeit mit strammen Parolen zu übertünchen, bisher vor allem das Programm rechtsradikaler Gruppierungen, scheint bei der CDU inzwischen auch in Mode zu kommen.

Die derzeitige Orientierungslosigkeit der größten Bonner Oppositionspartei ist überall gegenwärtig. In Ahnatal z.B. fragt man sich, wieso und warum auf den Wahlplakaten im Ort ein CDU-Kandidat abgebildet ist, der nicht im hiesigen, sondern im Nachbarkreis kandidiert! Hat das Geld für ein eigenes Wahlplakat gefehlt? Oder meint man, den Wählerinnen und Wählern in Ahnatal den Anblick des richtigen Kandidaten nicht zumuten zu können?

- DAS SPRACHROHR -

Herausgeber: SPD Ahnatal
Redaktion: Gerhard Schreiber
Weidenweg 18
34292 Ahnatal
MDM, Kassel

Druck:
Auflage: 3500

Das SPRACHROHR erscheint mehrmals im Jahr und wird kostenlos an alle Haushalte in Ahnatal verteilt.

Die Bilanz der hessischen SPD

Wirtschaftskraft, soziale Gerechtigkeit, Innovation und ökologische Erneuerung gehören zusammen:

- ◆ Trotz massiver Steuereintrübe und einer Verwüstung des Steuerrechtes durch die alte Bundesregierung konnten die Prioritäten der Politik umgesetzt werden.
- ◆ Mit entschlossenem Konsolidierungskurs und Einsparungen von 6 Mrd. DM in den letzten vier Jahren wurde dafür gesorgt, daß der Schuldendienst nicht zu weiteren Einengungen der Finanzen führt.
- ◆ Hessen zahlt mit 538 DM pro Kopf mehr als doppelt soviel wie Bayern oder Baden-Württemberg in den Länderfinanzausgleich.
- ◆ Mit einem wohnortnahen Netz an Bildungsangeboten wird Bildungsvielfalt gesichert, aktuelle Entwicklungen aufgegriffen und allen Kindern und Jugendlichen die Chance zu guten Abschlüssen geboten.
- ◆ Mit dem Schulgesetz wird die Eigenverantwortlichkeit der Schulen gestärkt.
- ◆ Alle Grundschulen in Hessen können sich zu Schulen mit festen Öffnungszeiten entwickeln.
- ◆ Trotz dramatischer Zunahme der Schülerzahlen ist es gelungen, die Klassengrößen gering zu halten.
- ◆ Mit zwei Ausbildungsprogrammen wurden 8000 Ausbildungsplätze durch die Landesregierung geschaffen.
- ◆ Landkreise und Städte wurden bei der Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz von der Landesregierung unterstützt: 46 000 neue Plätze sind das Ergebnis.
- ◆ Mit dem Hessischen Existenzgründerprogramm konnten 100 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.
- ◆ Die arbeitsmarktpolitischen Programme, u.a. „Arbeit statt Sozialhilfe“, erreichen rund 20 000

Menschen.

- ◆ Dorferneuerungsprogramme in insgesamt 250 Orten sorgen für attraktive Gemeinden und eine Stärkung von Handwerk und Mittelstand.
- ◆ In den Öffentlichen Personennahverkehr wurden hessenweit 5 Mrd. DM investiert.
- ◆ Bei allen notwendigen Einsparungen: Neben dem Bildungsbereich wurden die sozialen Vereine und Verbände ausgenommen, damit die soziale Arbeit auf Planungssicherheit basieren kann.
- ◆ In jedem hessischen Landkreis werden ambulante Dienste für behinderte Menschen angeboten.
- ◆ Für eine ortsnahe Versorgung mit Senioreneinrichtungen wurden 600 Millionen DM investiert.
- ◆ Die engagierte Wohnungspolitik, die fortgesetzt wird, hat in 5 Jahren für den Bau von 50 000 Wohnungen gesorgt.
- ◆ In allen Bereichen wurden die Genehmigungszeiten erheblich verkürzt bis teilweise sogar halbiert.
- ◆ In den vergangenen sechs Jahren wurden 500 Millionen DM investiert, um damit rund 250 Windkraftanlagen und 10 000 Solaranlagen zu fördern.
- ◆ Die Präsenz der Polizei auf der Straße wurde erheblich erhöht; die Aufklärungsquote ist auf dem höchsten Stand seit 20 Jahren.
- ◆ Entgegen der Panikmache in den Medien sind Hessens Gefängnisse sicher (in 1997 gab es drei Ausbrüche, das ist bundesweit vorbildlich).
- ◆ Das Ehrenamt genießt einen hohen Stellenwert und wird mit Geld und organisatorischer Hilfe kräftig unterstützt.

Wir haben immer den Mut besessen, auch zu unbequemen Wahrheiten zu stehen.

Ehrlichkeit und Offenheit sind uns auch und gerade in Wahlkampfzeiten wichtig !

Dafür steht HANS EICHEL !

Wir arbeiten für einen Fortschritt, der unsere Gesellschaft freier, gerechter und solidarischer macht !

dafür stehen DIE HESSISCHE SPD

und IHR LANDTAGSABGEORDNETER MANFRED SCHAUB !